

Eine Milliarde für Arbeitsgelegenheit.

Berlin, 15. Oktbr. (Priv.-Tel.) Die einmütige Annahme der von der Staatsregierung dem Landtage vorzulegenden Kriegsschadigungsforderungen für die Provinz Ostpreußen gilt als gesichert. Der Kredit, den die Staatsregierung für Beschaffung von Arbeitsgelegenheit vom Landtag fordert, wird, wie die „Vossische Zeitung“ hört, eine Milliarde erheblich überschreiten. Es sollen auf allen hierfür in Betracht kommenden Verwaltungsgebieten Arbeitsgelegenheit geschaffen und auch den Kommunalverbänden Unterstützungen gewährt werden. Der Charakter der bevorstehenden Landtagstagung als einer reinen Kriegstagung ist in vollem Umfange gewährleistet. Vom 9. Februar 1915 ab ist eine kurze Staatsberatung geplant. Bis dahin bleibt der Landtag voraussichtlich vertagt. Die Eisenbahnverwaltung ist bemüht, bei der Vergabung von Arbeit auch die kleinen Betriebe der Industrie, des Handwerks und des Handels zu berücksichtigen. Manche dieser Betriebe kämpfen mit großen Schwierigkeiten, so daß man sie als notleidend bezeichnen kann. Ihnen wird durch Zuweisung von Staatsaufträgen die Möglichkeit geboten werden, ihre Betriebe ohne Entlassung von Arbeitern und Angestellten weiter zu führen.

N Berlin, 15. Oktbr., 11 V. (Priv.-Tel.) Die gemeinsame Sitzung der Parteivertreter im Finanzministerium hat gestern Mittag stattgefunden. Nach dem Ergebnis der Besprechungen darf die einmütige Annahme der von der Staatsregierung beabsichtigten Vorlage als gesichert gelten. Das Staatsministerium, dem der Gesetzentwurf zur endgültigen Beschlussfassung noch vorgelegen hat, wird, wie die „Berl. Pol. Nachr.“ hören, am Freitag dazu Stellung nehmen. Damit ist die Bewilligung der für die Kriegsschadigung von Ost- und Westpreußen bereitzustellenden staatlichen Mittel und weiterhin der Charakter der bevorstehenden Landtagstagung als einer reinen Kriegstagung im vollen Umfang gewährleistet.